

Von Brigitte Pechar, Alpbach

Einen Solidarbeitrag von den Höchstpensionisten und das Einbringen der gewinnbringenden ÖIAG-Anteile in einen Pensionssicherungsfonds verlangt Karl Blecha, Präsident des Österreichischen Pensionistenverbandes, im Gespräch mit der „Wiener Zeitung“. Der Fonds soll die Engpässe, die sich durch das Eintreten der Babyboom-Generation in den Ruhestand ab 2020 ergeben, abfangen.

Für den SPÖ-Pensionistenchef ist der Generationenvertrag in Takt: „Ein Generationenkonflikt wird nur jetzt aus durchsichtigen politischen Gründen herbeigeredet.“ Das Vertrauen der jetzigen Beitragszahler, einmal eine zumindest gleich hohe Pension wie die derzeitigen Pensionisten erwarten zu dürfen, sei durch die „unnötige Kürzungsreform 2003“ erschüttert worden. Die Rede vom Generationenkonflikt soll Blechas Ansicht nach lediglich die Tatsache verdecken, dass sich der Staat aus der Verant-

wortung der Alterssicherung zurückziehen will.

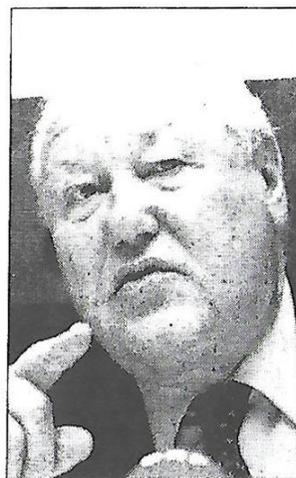
Tatsächlich könnten die Pensionen durch eine Erhöhung der Erwerbstätigkeit und Steigerung der Produktivität gesichert werden. Der Staat sei verpflichtet, durch den Bundeszuschuss, der im übrigen rückläufig ist (heuer 11,8 Prozent des BIP, 2005 nur noch 10,7 Prozent), auszugleichen. Da sich aber durch das Eintreten der Babyboom-Generation in die Pension ab 2020 Engpässe ergeben werden, findet Blecha

den Vorschlag von Bernd Marin, eine Sondersteuer einzuführen, für diskutabel. Man sollte jetzt einen Pensionssicherungsfonds einrichten, der durch einen Solidaritätsbeitrag der Höchstpensionsbezieher (würde 264 Mill. Euro pro Jahr ergeben) und das Einbringen der ÖIAG-Anteile gespeist wird, fordert Blecha: „Es ist absurd, wenn heute die gewinnbringenden ÖIAG-Beteiligungen verkauft werden und Österreich als Kernaktionär ausgeschieden wird, wenn gleichzeitig die Erträge zur Sicherung der Pensionen bei möglichen Engpässen zur Entlastung des Bundeshaushalts verwendet werden können.“

Die Ungerechtigkeiten für die unter 35-Jährigen, die durch die Pensionsreform 2003 drei Jahrzehnte lang einzementiert würden, müssten durch eine sofortige Harmonisierung beseitigt werden. Blecha tritt daher für die Einführung einer Mischform ein und befindet sich damit in Gesellschaft des Leitenden Sekretärs des ÖGB, Richard Leutner, der sich im Gespräch mit der „Wiener Zeitung“ ebenfalls für das sogenannte Proratisierungsmodell ausgesprochen hat: Demnach werden alle bisherigen Anwartschaften nach altem Recht sozusagen im Rucksack mitgenommen, das Pensionskonto gilt sofort für alle. „Das wäre ein sehr schonender Einstieg in das neue Pensionssystem“, ist Leutner überzeugt. Und ein Gutes – jedenfalls für den ÖGB und den SPÖ-Pensionis-

SPÖ-Pensionisten: Solidarbeiträge von Höchstpensionisten

Blecha fordert ÖIAG-Anteile zur Sicherung der Pensionen



PVÖ-Chef Blecha Foto: APA

tenchef - hätte diese Lösung zusätzlich noch: „Man erspart sich die sinnlose Pensionsreform 2003.“

Umfrage: 70 Prozent für einen Solidarbeitrag

Etwa zwei Drittel der Österreicher sind der Meinung, dass Pensionisten, die mehr als 2.365 Euro (ASVG-Höchstpension) monatlich erhalten, künftig einen Solidarbeitrag bezahlen sollten. Das ergab eine OGM-Umfrage, bei der 70 Prozent der 500 Befragten einen Solidarbeitrag befürworteten. Sozialforscher Bernd Marin hatte am Dienstag eine Pensionssteuer als unausweichlich bezeichnet, da die heutige Pensionistengeneration noch rund 16 Prozent Rendite auf ihre Beitragszahlungen lukrieren könne, während künftige Generationen einen solchen Wert nicht mehr erreichen wird. Während die Regierung eine solche Steuer bereits z. B. durch den Pensionssicherungsbeitrag bei Beamten umgesetzt sieht, fand die Opposition Gefallen an Marins Vorschlag.

Solidarbeitrag von Pensionisten

Umfrage: Sollen Pensionen über 2.365 € (ASVG-Höchstbetrag) mit einem Solidarbeitrag belegt werden?

Alle Befragten

Zustimmung	70%
Ablehnung	23%
weiß nicht / k.A.	7%

Berufstätige

Zustimmung	75%
Ablehnung	20%
weiß nicht / k.A.	5%

Pensionisten

Zustimmung	60%
Ablehnung	32%
weiß nicht / k.A.	8%

Aktuelle repräsentative Umfrage, 500 Befragte
Grafik: © APA, Quelle: OGM

